

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 14

Artikel: Leichter Wahn von Lech Walesa?
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092998>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Leichter Wahn von Lech Walesa?

In Polen ist die latente Identitätskrise der Solidarnosc offen ausgebrochen, und das ist keine Katastrophe. Die ursprüngliche Gewerkschaft und Sammelbewegung aller Polen gegen die Diktatur stellt seit dem letzten Herbst die Regierung und ist gleichzeitig das Grossgefäss für alle Opposition gegen die Regierungspolitik. Die Solidarnosc beherbergt ferner unterschiedliche bis gegensätzliche politische Kräfte, und alles zusammen ist schon längst zuviel. Die neuen Rollen im neuen Polen müssen gefunden werden; das ist logisch, überfällig und heilsam. Aber eine neue Rolle sucht auch der Mann, der als Person die Solidarnosc seit zehn Jahren verkörpert: Lech Walesa will polnischer Staatspräsident werden. Warum? Warum auch nicht? Beide Fragestellungen sind möglich.

Nichts wäre freilich falscher als die Meinung, Walesas persönlicher Wunsch stehe am Anfang dieser Aussicht (die noch zu keinem Antrag gediehen ist). Als am 18. Mai der Chefredaktor der Wochenzeitung «Tygodnik Solidarnosc», Jaroslaw Kaczynski, mit dem Gewicht seines Senatorenamtes die Kandidatur von Lech Walesa erstmals zu einem öffentlichen Traktandum machte, sprach er bloss aus, was viele Polen schon längst gedacht hatten.

Ein alter Wunsch in neuer Öffentlichkeit

«Warum muss eigentlich der Jaruzelski unser Präsident sein statt unser Lech Walesa?» In dieser oder jener Abwandlung konnte man das privat von beliebig vielen Polen hören; bloss gedruckt oder ausgestrahlt wurde dergleichen höchstens in Leserbriefen oder persönlich gehaltenen Interviews. Verantwortliche Leute in entsprechenden Positionen respektierten die realpolitischen Vernunftgründe für die jetzige Lösung und taten dergleichen, als sei sie unangefochten, aber den gewöhnlichen Leuten sind die höheren Einsichten in dieser Frage nie eingegangen.

Falsch wäre im übrigen auch die Meinung, es seien bloss die mehrheitlichen Anhänger von Walesa, die ihn als logischen Präsidenten sehen würden. Lech Moczulski, von der Konföderation Unabhängiges Polen (KPN), einer der angesehensten Figuren des unterdrückten polnischen Widerstandes, ist auch ein alter Widersacher von Lech Walesa. Das

hat ihn keineswegs daran gehindert, in einem Interview («Dziennik Baltycki», 21. 4. 1990) von Lech Walesa als dem einzigen denkbaren und richtigen nächsten Präsidenten für Polen zu sprechen.

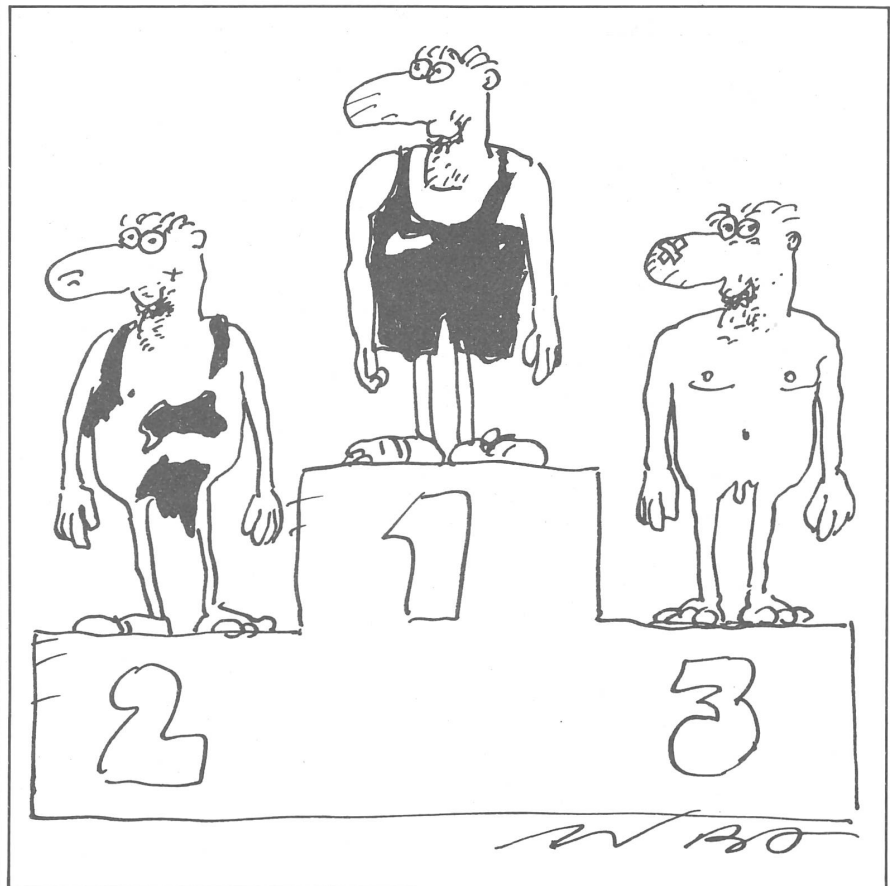
Jaruzelski: Ich räume den Platz, aber nicht für den da . . .

Jaruzelski ist letztes Jahr vom Parlament für eine sechsjährige Amtsperiode gewählt worden. Er wäre somit (und *ist* es auch nach offizieller Lesart) legal bis 1995 der polnische Staatspräsident. Indessen hat die Zeit in Osteuropa seither sozusagen ihre eigenen Gesetze geschrieben, und heute zweifelt praktisch niemand mehr daran, dass Jaruzelski lange vorher einen Nachfolger finden

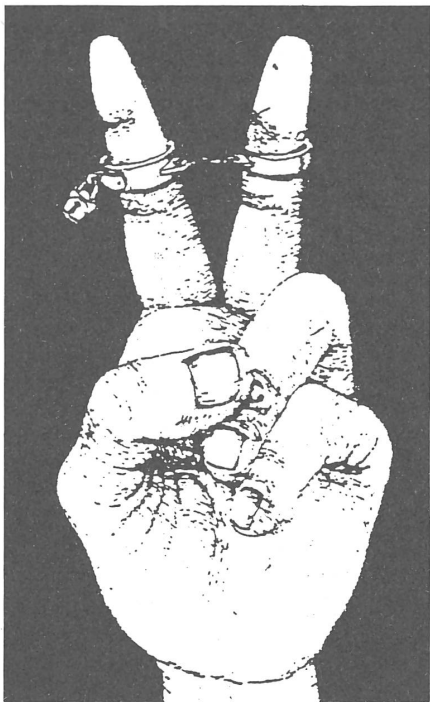
wird. Das könnte nach den ersten freien Parlamentswahlen vom nächsten Frühling der Fall sein oder schon nach einer eigens ausgeschrieben Präsidentschaftswahl im kommenden Herbst.

Jaruzelski hat zwar keine Rücktrittsabsichten bekundet, aber in öffentlichen Äusserungen angedeutet, dass er sich grundsätzlich gegen eine Verkürzung seiner Amtszeit nicht sträuben würde und gegebenenfalls einem geeigneten Kandidaten auch von sich aus Platz machen könnte. Dass er seinen Erbfeind Lech Walesa *nicht* zum fraglichen Kreis zählt, braucht er in Polen niemandem zu präzisieren.

Nun brauchen die persönlichen Aversionen des Generals für die Polen nicht massgeblich



Siegerehrung polnisch. («Szpilki», Warschau, Nr. 25/1990)



Die Solidarnosc. («Szpilki», Warschau, Nr. 20/1990)

zu sein, aber ein Staatspräsident ist in Polen keine Dekorationsfigur. Speziell im Fall einer akuten Krise hat er ausserordentliche Befugnisse; so kann er das Parlament auflösen und den Kriegszustand verhängen; omniöse Erinnerungen drängen sich auf.

Indessen ist in Polen schon die normal gewordene wirtschaftliche Alltagskrise schlimm genug, und schon deshalb wünschen viele Polen ein Zeichen zu setzen und mit dem höchsten Amt ihres Staates auch ihren Mann zu betreuen.

Neue Wirtschaftspolitik bedarf der Erneuerung

Tatsächlich hat das Land neue wirtschaftliche Tiefenrekorde «erzielt». Die Produktion ist im Vergleich zum Vorjahr um 30 % gefallen. Das Realeinkommen sank in der gleichen Periode für die Bauern um 20 % und für die Arbeiter gar um 37 %. Die Regierung hat die Privatisierung zu ihrem Programm gemacht, aber was sie mit ihrer Steuerpolitik, ihrer Zinspolitik und ihrer Zollpolitik bewirkt hat, geht wahrhaftig nicht in diese Richtung. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres machten in Polen 53 000 private Betriebe Konkurs, grossteils von Kleinhandwerkern geführt. Im gleichen Zeitraum haben 76 000 weitere Privatbetriebe ihre Tätigkeit mindestens einstweilig eingestellt.

Die vorhandenen Entschuldigungsgründe einer schlechten Hinterlassenschaft und einer Umorientierung gemäss den Wünschen der internationalen Kreditgeber reichen nicht aus, die Fehler einer inkonsequenten

und kontraproduktiven Wirtschaftspolitik zu verdecken. In andern Ländern müsste eine Regierung nach analogen Misserfolgen wohl zurücktreten, aber in Polen hält man ihr noch immer ihre grundsatzpolitische Qualität zugute, ihre Integrität, ihren demokratischen Willen, ihre staatsrechtlichen Leistungen, ihre Verbesserungen in strukturellen und administrativen Belangen und ihre Bereitschaft, sich den Spielregeln einer freiheitlichen Gesellschaft selbst zu fügen. Das ist nach Jahrzehnten der Lüge, der Willkür und der Korruption durchaus eine vorrangige Notwendigkeit. Aber es reicht nicht in einem Land mit Massenarmut und zerstörter Umwelt.

Hinzu kommt aber für viele und für immer mehr Polen das Gefühl, dass man es auch an der politischen Flurbereinigung hat fehlen lassen und dass vom alten System mehr übriggeblieben ist, als es für eine minimale Kontinuität in der Verwaltung nötig wäre; das Verständnis für die Verschleppung der Übergangszeit nimmt ab.

Tatsächlich besteht das Parlament immer noch gemäss den vor anderthalb Jahren ausgehandelten Spielregeln zu 65 Prozent aus Leuten, die der damaligen PVAP und ihren Bündnispartnern angehörten. Polen hatte vor einem Jahr das freieste Parlament in Osteuropa; jetzt sieht es sich von mehreren Ländern überholt. Das überwältigende Verdikt der Wähler durfte sich nicht in der Sitzverteilung auswirken. Das ist eine Anomalität mit Symptomwert für viele Verhältnisse in der Verwaltung. Es gibt Hemmungen davor, aus dem Sieg der demokratischen Kräfte alle Konsequenzen zu ziehen.

Und eigentlich ist es auch tatsächlich nicht normal, dass Hauptfiguren vom 13. Dezember 1981, dem Putsch im Interesse der damaligen Sowjetmachthaber, noch immer höchste Posten haben. Das betrifft eben Jaruzelski und dann auch Innenminister Kiszczak.

Die Wahl von Lech Walesa zum Staatspräsidenten würde hier in der Meinung vieler Polen erst den nötigen Schlussstrich ziehen, und das empfinden sie keineswegs als belanglose Formalität, sondern als Garantie gegen Rückfälle und als Sicherstellung der Demokratie.

Unmittelbar indes verspricht man sich unter der Ägide von Walesa eine neue Wirtschaftspolitik, und sei es nach dem Motto «Schlimmer als jetzt kann man es doch nicht machen».

Von der neuen Wirtschaftspolitik wird erwartet, dass sie nicht nur auf «Währungsstabilität» aus ist, sondern vorrangig auf Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. Dass sie eine zweckbewusste Kredit- und Fiskalpolitik umfasst, welche Investoren endlich belohnt, statt sie zu bestrafen. Dass sie die Privatisierung nicht in krausen Zickzacksprüngen vor sich gehen lässt, sondern als langfristiges Programm, das stufenweise

zu erfüllen ist. Dass sie der Landwirtschaft eine minimale Preisgarantie gibt und sie solange vor den Billigexporten aus der EG schützt als es nötig ist; inzwischen braucht gerade dieser Sektor zinsgünstige Investitionskredite, wenn er konkurrenzfähig werden soll.

Walesa und die anders gewordene Solidarnosc

So sind die Erwartungen an Walesa. Wie sieht er die Sache selbst?

Zunächst ist zu sagen, dass weder Walesa noch sonst jemand seine Kandidatur auf das Präsidenschaftsamt formell deponiert hätte; man wüsste nicht einmal, wo und wie das geschehen sollte. Seine Anwärtschaft besteht sozusagen darin, dass alle darüber reden, nachdem sein persönlicher Freund, der Senator Kaczynski, die Sache zum öffentlichen Thema Nummer eins gemacht hat. Walesa hat nicht gesagt «ich kandidiere». Wohl aber hat er vor jeder Öffentlichkeit mit unbefangener Zustimmung auf die Möglichkeit reagiert, dass man ihn portieren würde, und dieser Mangel an Heuchelei ist ihm vielfach als Mangel an gutem Geschmack angekreidet worden. Jedenfalls besteht kein Zweifel daran, dass er Präsident werden will, und das macht die Ausgangslage um so viel klarer.

Walesa, der ursprüngliche Arbeiter, ist selbstredend kein Prof. Ludwig Erhard, und seine Sanierungsvorstellungen für Polen sind nicht ein nationalökonomisches System, sondern eine Gesamtheit seiner politischen, gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Anliegen. Und als Solidarnosc-Vorsitzender sieht er den Ansatzpunkt für Reformen logischerweise auch in dieser gesamtpolnischen Bewegung, die mehrdeutig geworden ist, was keinen Schuldspruch impliziert, sondern bloss die Kenntnismahme der realen Entwicklung im Land.

Für Walesa ist die Solidarnosc keine Einheitsfront und braucht sich auch nicht als solche zu geben. Sie ist aus einer spontanen Volksbewegung entstanden, der sich ganz unterschiedliche politische Kräfte angeschlossen haben. Nun sieht er den Zeitpunkt für gekommen, in welchem aus den verschiedenen politischen Richtungen auch verschiedene politische Parteien entstehen sollen, eine Konsequenz der pluralistischen Gesellschaft.

Richtungskämpfe gibt es in der Solidarnosc seit langem, und in der Zeit der Opposition gegen die Diktatur waren sie zweitrangig. Ein erster konkreter Streit betraf schon vor zwei Jahren die Zusammensetzung des sogenannten Bürgerkomitees beim Solidarnosc-Vorsitzenden; man hatte dieses Beratungsgremium für Walesa Ende 1988 gebildet, um für oppositionelle Persönlichkeiten eine Plattform im Solidarnosc-Vorstand zu bilden. Um dieses Komitee ist jetzt eine eigent-

liche politische Schlacht entbrannt. Walesa hat nämlich von sich aus einige Mitglieder ausgewechselt, die nach seiner Ansicht nicht mehr zu den Reformern gehören.

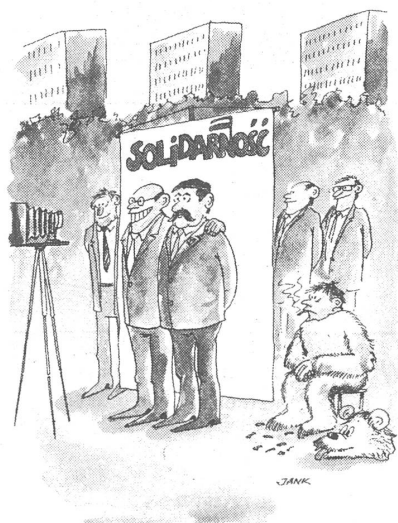
Zu diesem Schritt war Walesa statuten-gemäss berechtigt, weil das Komitee als sein persönlicher Beratungstab deklariert ist und weil es in seinem Ermessen liegt, von wem er sich beraten lassen will.

Indessen war das Komitee auch als Solidarnosc-Gremium empfunden worden, und so war es nicht verwunderlich, dass es innerhalb der Solidarnosc auch zu einem Aufruhr kam. Man hielt Walesa seine Eigenmächtigkeit vor und sagte, er benehme sich wie ein Diktator. 63 prominente Personen forderten Walesa in einem Brief zur Auflösung des Komitees auf.

Kritik und Klatsch

Die Begebenheit ist Beispiel sowohl für persönliche Animositäten als auch für die politischen Richtungskämpfe innerhalb der Solidarnosc. Gleichzeitig aber illustriert sie auch die Polemik, in die Walesa als Politiker und erst recht als inoffizieller Präsidentschaftskandidat geraten ist. Man sieht seine diesbezügliche Ambition als Anmassung und seine häufige Kritik an der (Solidarnosc-)Regierung einerseits als Dolchstoss in den Rücken seiner eigenen Leute und andererseits als Einmischung in Dinge, von denen er nichts verstehe.

Am 10. Juni wurde jedenfalls die Gegenoffensive lanciert. Der katholische Politiker Jerzy Turowicz, der Senator Andrzej Wielowieski und andere prominente Persönlichkeiten gründeten ein Bürgerkomitee mit dem Zweck, die Regierung Mazowiecki gegen «Destabilisierungsversuche» (gemeint: von Walesa) zu schützen.



«Szpilki», Warschau, Nr. 24/1990

Über die Regierungspolitik lässt sich ebenso diskutieren wie über die Vorstellungen ihrer Kritiker, und eine Sachdebatte darüber ist legitim und könnte nützlich sein. Indessen ist doch festzuhalten, dass die wichtigsten Argumente gegen Lech Walesa nicht im Rahmen politischer Probleme präsentiert werden, sondern als schiere Beanstandung seiner persönlichen Eigenschaften.

– Walesa, vom Arbeiter zum Volkshelden aufgestiegen, sei durch den ständigen Beifall im In- und Ausland charakterlich verdorben worden.

– Walesa sei grössenwahnsinnig, selbstherrlich und nicht mehr ansprechbar. Ihm fehle der Respekt vor seinen Mitarbeitern, und das verunmögliche jedes echte Teamwork.

– Walesa bringe an politischen Vorstellungen persönlich nichts ein ausser seiner Eitelkeit.

– Walesa wirke mit seinem volkstümlichen Reden und Benehmen peinlich auf politische Partner, was ihn für eine repräsentative Funktion denkbar ungeeignet mache.

Viele Vorhaltungen in dieser Preislage gehören zur Kategorie vom Klatsch, bei dem «irgend etwas daran» ist. Aber wenn man weiss, dass niemand vollkommen ist, lässt sich alles redimensionieren, ohne dass man im Gegenzug ein apologetisches Plädoyer über Walesas vortreffliche Charaktereigenschaften tun braucht. Der Aufstieg hat schon viele Leute ein bisschen verändert, ohne dass sie deswegen amtsuntauglich geworden wären, und der Schuster, der bei seinen Leisten geblieben ist, hat es alleweil leichter, von seinem Bekanntenkreis als sympathisch eingestuft zu werden.

Etwas freilich wäre ganz falsch, nämlich den vielkritisierten Walesa als «typischen Volkstribun» zu sehen, bei dem der Massenappeal den politischen Verstand ersetze. Er hat im Gegenteil ausgesprochen gute analytische Fähigkeiten, und wenn er komplizierte Sachverhalte in eigenen Worten einfach darzustellen weiss, tritt er eben dadurch den Beweis an, dass er sie richtig verstanden hat, und das kann gegebenenfalls fachsprachlich geschulte Leute irritieren, die den gleichen Beweis weniger gut anzutreten vermögen.

Gewiss ist Lech Walesa kein Vaclav Havel, aber dergleichen verlangt man weder von Mitterrand noch von Elisabeth II. Lech Walesa aber ist, wenn man vom päpstlichen Sonderfall absieht, immerhin der Mann, der die Polen in den letzten zehn Jahren am meisten verkörpert hat, daheim und draussen. Warum eigentlich sollte er das nicht auch in einer entsprechenden Funktion tun dürfen? Ins zweite Jahrtausend geführt wurde Polen von einem Mann namens Piast, der als Schreiner begonnen hatte und an die Spitze des Staates aufgestiegen war. Schafft nun ein Elektriker den Übergang ins dritte Jahrtausend?

ALLTAG DRÜBEN

DDR

«Fünf vor zwölf» für 200 Altstadtkerne

Für rund 200 kulturell bedeutsame Altstädte in der DDR steht die Uhr sozusagen auf fünf vor zwölf.

Die Ost-«Berliner Zeitung» bezeichnete den Zustand solcher Städte wie Meissen, Brandenburg, Stralsund und Weimar als typisch. Überaus grosse Anstrengungen und eine neue Politik seien notwendig, um den Verfall der Innenstädte zu stoppen und diese Gebiete grundlegend zu sanieren. Zwar gebe es seit Anfang der achtziger Jahre verstärkte Bemühungen um eine städtebauliche Aufwertung der Stadtzentren. Doch seien in der Mehrheit der Städte Verbesserungen der funktionellen und gestalterischen Qualität auf einzelne Gebäude sowie sehr begrenzte Teilbereiche der Zentren beschränkt geblieben. Nur in einigen Städten wie Ost-Berlin, Rostock, Gera, Sondershausen und Sömmerda sei vorrangig durch Neubau, in anderen überwiegend durch Modernisierung und Erhaltung eine entscheidende Verbesserung des Bauzustandes und der Ausstattung in grösseren Bereichen des Stadtzentrums erreicht worden.

Analysen zufolge können zahlreiche, seit langem vorhandene und weitverbreitete Bedürfnisse der Einwohner zu Beginn der neunziger Jahre nicht befriedigt werden. So sind noch 1,47 Millionen Wohnungen (21 Prozent) nicht mit Innentoilette und 0,97 Millionen (14 Prozent) nicht mit Bad oder Dusche ausgestattet.

Das strukturell relativ gutausgebaute Wasserleitungsnetz der DDR verliert infolge Überalterung ständig 30 Prozent des Wassers. Zwölf Prozent des Abwassernetzes sind abgeschriebe, von 7565 Gemeinden besitzen nur 1065 Kläranlagen. 45 Prozent der Abwässer der Kommunen werden ungeklärt in die Flüsse geleitet. Bernd Hunger vom Arbeitskreis zur Rettung der Altstädte räumte der Altstadtsanierung in der DDR «durchaus Erfolgschancen» ein. Bei aller Dimension des Verfalls sei die Altstadtrekonstruktion zweifellos die kulturell anspruchsvollste, quantitativ jedoch eine ziemlich begrenzte Bauaufgabe, die mittelfristig (in etwa zehn Jahren) zu bewältigen sei.